

# Apocalypse Now?

## Die NATO und ihr schwieriger Weg in die Zukunft. Ein Essay

Werner Sonne

**English title:** Apocalypse Now? NATO and the Difficult Path Into the Future. An Essay

**Abstract:** In a world of turmoil, the strongest military alliance faces an uncertain future, too. After the elections in the US, former German foreign minister Joschka Fischer even predicts a disintegration of the West. One should have no illusions – without the US in the lead the West will not survive in its current shape, Fischer argues, referring to a reluctant new president Donald Trump to fully support NATO and her role to safeguard the integrity of her member states. While NATO has demonstrated a surprisingly strong resolve during the Warsaw summit towards Russia's expansion in Ukraine, the alliance is not willing to really engage herself in the Middle East with a robust mission with combat troops on the ground leaving the embattled area to Moscow's ambitious military intervention and the creation of a massive sphere of influence. The Western alliance will have to adjust to the new realities in which Europe is required to do more for its defense. The year 2017 will be crucial as a test case for the willingness of NATO's members to face the new challenges. Will it withstand these obstacles, or will, as Fischer is fearing, „the Western world, as we have known it, sink down in front of our eyes“?

**Keywords:** NATO, USA, collective defence

**Stichworte:** NATO, USA, kollektive Verteidigung

Fällt der Westen auseinander? Und damit notwendigerweise auch eine seiner stärksten Klammern, die NATO? Joschka Fischer, sieben Jahre deutscher Außenminister unter Kanzler Gerhard Schröder, jedenfalls sieht da ziemlich schwarz. „Mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten ist er wohl besiegelt, der Abschied von dem, was man bis dahin „den Westen“ nannte“, schreibt Fischer am 12. Dezember 2016 in der Süddeutschen Zeitung. Politisch beinahe eine apokalyptische Vorstellung.

Es ist nicht ohne Ironie zu sehen, wie der einstige anti-kapitalistische, anti-amerikanische Straßenkämpfer, der linksradikale Obersponti und spätere Ober-Grüne heute die Nordatlantische Allianz praktisch wortgleich so definiert, wie es ihre Gründer-väter einst taten, nämlich wie Fischer schreibt, als ein „Bündnis freier Demokratien, Rechtsstaaten und Marktwirtschaften, die ein gemeinsames Wertefundament teilen und gemeinsam erfolgreich über vier Jahrzehnte hinweg der sowjetischen Bedrohung trotzen“.

Kritischere Geister hatten eine etwas prägnantere, in den Worten des früheren NATO-Generalsekretärs Lord Ismay sicherlich aber sehr an der damaligen Realität orientierte innere Begründung für die atlantische Allianz: to keep the Russians out, the Americans in and the Germans down.

Wer sich das politische Umfeld bei der Gründung der NATO im Jahre 1949, nur vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg anschaut, der wird leicht verstehen, dass dies eine heute zwar vielleicht polemisch klingende, aber absolut verständliche Definition des Zwecks des westlichen Verteidigungsbündnisses war. Die Deutschen, die zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hatten, wurden mit dem Ende der Besatzungszeit 1955 zwar ebenfalls in die NATO aufgenommen, aber doch mit dem klaren Ziel, sie unter Kontrolle zu halten, eine eigenständige rein nationale Streitkraft zu verhindern und sie ganz fest in das Militärbündnis einzubinden. Die Kampfverbände der jungen

Bundeswehr wurden alle der NATO unterstellt, mit sehr weitgehenden Rechten der Alliierten auf deutschem Boden bis zur Wiedervereinigung. Sie wurden also eingehegt.

Und was ist mit der Wertegemeinschaft, dem Bündnis der freien Demokratien und Rechtsstaaten mit dem gemeinsamen Wertefundament, an das Fischer so nostalgisch erinnert? Als er jung war, da war die NATO vor allem eines: ein anti-kommunistisches Bollwerk, dessen Heilsversprechen sich um den Artikel 5 des NATO-Vertrags rankte, die kollektive Verteidigung aller Mitgliedstaaten. Ein Angriff auf ein NATO-Mitglied wurde als Angriff auf alle empfunden, und alle waren aufgerufen, für die Verteidigung des gesamten NATO-Territoriums einzustehen. Das war – und ist – der Kern, der die Allianz zusammenhält, nicht unbedingt der Glaube an die gemeinsamen Werte, auch wenn das auf dem Papier von Anfang an hochgehalten wurde.

Die Wirklichkeit sah in den ersten Jahrzehnten anders aus. Militärdiktaturen hatten keine Hindernisse zu überwinden, um NATO-Mitglied zu werden. Griechenland etwa, Portugal oder vor allem die Türkei waren jahrzehntelang von Militärs regiert, Demokratie und Rechtsstaat fanden dort nicht statt. Was zählte, war der Kampf gegen den Kommunismus, nicht nur nach außen, sondern auch im eigenen Land. Da war die NATO, da war der „Westen“ nicht zimperlich.

Kein Zweifel: Dieses westliche Militärbündnis ist die erfolgreichste Allianz der Geschichte. Das ist nicht nur die gerne bei Sonntagsreden verbreitete Version. Wer als junger Mensch im Kalten Krieg aufgewachsen ist, der kann das aus eigener Erfahrung bezeugen, zumindest dann, wenn er im Westen lebte. Zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge in Deutschland wussten dies noch besser, sie hatten selbst erlebt, was ein Leben unter kommunistischer Herrschaft bedeutete. Die Spannungen waren in manchen Phasen extrem hoch. Das geteilte Land war als atomares Schlachtfeld vorgesehen, an die 10.000 nukleare Sprengköpfe auf beiden Seiten der Demarkationslinie

stellten ein heute unvorstellbares Zerstörungspotenzial dar. Internationale Krisen, der Aufstand in der DDR 1953, in Ungarn und Polen 1956, der Bau der Berliner Mauer 1961, der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in Prag 1968, die Solidarnosc-Bewegung in Polen Anfang 1980er Jahre – all das waren Ereignisse im unmittelbaren Vorfeld der NATO, die zu einer militärischen Eskalation hätten führen können. Aber sie blieb aus. Das Gleichgewicht des Schreckens verhinderte auf beiden Seiten den Übergang vom Kalten zum heißen Krieg.

Der Preis dafür war ohne Zweifel aber auch, dass der Westen vieles im eigenen Lager in Kauf nahm, was eigentlich den Werten dieser Gemeinschaft widersprach. Und tut dies im Übrigen bis heute. Oder schon wieder, wenn man sich die Entwicklung in einigen Mitgliedsländern anschaut. Sicherlich gab es eine Zeit des Aufbruchs, in der die Allianz um junge, neue Demokratien erweitert wurde, Staaten, die jahrzehntelang zum sowjetischen Machtbereich gehört hatten und jetzt danach dürsteten, unter den Schutzschild der NATO zu schlüpfen und zugleich begierige Schüler der so intensiv propagierten westlichen Wertegemeinschaft zu werden.

Vom „Ende der Geschichte“ war die Rede, und gemeint hat der Autor Yoshihiro Francis Fukuyama damit, dass sich das westliche Wertesystem gegenüber dem kommunistischen als das bessere durchgesetzt hatte. Totalitäre Systeme, so seine Grundüberlegung, wie etwa der Kommunismus und der Faschismus, stellten keine politischen Alternativen mehr dar. Stattdessen sei der Weg frei für die liberale Demokratie. Aber jetzt? Kann man noch die Entwicklung in der Türkei als kompatibel mit diesen Werten verteidigen? Und wie steht es um die gemeinsamen Werte angesichts der Entwicklungen, die in den Mitgliedstaaten Ungarn und ansatzweise in Polen zu beobachten sind, in denen sich nationalistische, illiberale Tendenzen breit machen und wo auf der Pressefreiheit herumgetrampelt wird? Sind das noch die gemeinsamen Werte, die wir auch mit unseren Soldaten verteidigen wollen?

Der Kommunismus ist zumindest auf dieser Seite der Halbkugel keine Gefahr mehr, die Bedrohungen für die westliche Welt sind heute andere. Es ist nicht mehr der alte, klassische ideologische Konflikt zwischen zwei Blöcken mit diametral auseinander klaffenden Werten: kommunistische Gleichmacherei, die Partei hat immer recht, gegen freie Marktwirtschaft und individuelle, zugleich allgemein gültige freiheitliche Rechte. Aber alte Gräben, die längst für immer zugeschüttet schienen, werden wieder aufgerissen. Und ja, die Gefahr, so zumindest die NATO-Perspektive, kommt wieder aus dem Osten, wieder aus dem Machtzentrum Moskau. Was ist da schief gegangen?

Seien wir ehrlich, wir haben nicht richtig zugehört. Wladimir Putin hat uns doch schon vor fast zehn Jahren klar gesagt, was Sache ist. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz hielt er 2007 eine Rede, die durchaus Schlagzeilen machte. NATO und EU würden anderen Ländern ihren Willen aufzwingen und auf Gewalt setzen, er warnte die Allianz vor ungezügelter Militäranwendung, die USA vor „monopolarer Weltherrschaft“, die ihre Grenzen in fast allen Bereichen überschritten habe. Er kritisierte massiv die NATO-Osterweiterung an den Grenzen Russlands. Einen „Alarmruf“ nannte es sein Sprecher hinterher, beschwichtigte aber, es gehe „nicht um Konfrontation,

sondern um Sorge“. Der SPIEGEL stellte fest: „Er wirbelte das transatlantische Wohlgefühl ordentlich durcheinander“.

Rückblickend, völlig klar, war dies eine Schlüsselszene mit weitreichenden Folgen, die damals freilich keiner so ausreichend ernst nahm. War das ein Fehler, für den wir alle heute zahlen? Hätte man damals auf Putin eingehen müssen? Wäre die Geschichte anders verlaufen und damit auch die Entwicklung der NATO, die nun wieder ein Instrument der Abschreckung gegen Russland ist?

Schauen wir auf die ursprünglich positive Seite der Entwicklung. Nach dem „Ende der Geschichte“ und dem Zusammenbruch der Sowjetunion geriet die NATO in eine tiefe Sinnkrise. Sie verlor ihre Kernaufgabe, die Verteidigung des Westens gegen den sowjetischen Bären. Jetzt war nicht mehr Konfrontation, sondern Kooperation angesagt. Schon seit 1991 kam es zur ersten Zusammenarbeit, die dann 1994 im Programm „Partnerschaft für den Frieden“ formalisiert und schließlich mit der Unterzeichnung der „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation“ vom Mai 1997 gekrönt wurde. Fünf Jahre später schließlich wurde der bis heute bestehende NATO-Russland-Rat festgeschrieben. Parallel dazu erlebte die NATO in Osteuropa vor den Toren Russlands mehrere Erweiterungsrounds mit den baltischen Staaten, sogar mit drei ehemaligen Sowjetrepubliken, dazu noch Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn sowie die ehemalige CSSR, alle früher Mitglied im Warschauer Pakt. Zwar gab es auch immer wieder Spannungen, aber die Kooperation überwog. Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Streitkräften etwa entwickelte sich fast zur Normalität. Der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühe und der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, brachten sogar eine NATO-Mitgliedschaft Russlands ins Gespräch.

Es war die Zeit der Friedensdividende. Jetzt wurde, nicht nur in Deutschland, bei den Streitkräften gespart, wo es nur ging. Die klassische Landesverteidigung etwa wurde völlig vernachlässigt. Die Bundeswehr, die im Kalten Krieg über tausende Kampfpanzer verfügte, sollte am Ende nur noch 224 behalten. Ganze Einheiten mussten sich ihr Material mit anderen teilen. Auch die Amerikaner zogen alle ihre Kampfpanzer 2013 aus Europa ab. Die Bundeswehr schrumpfte auf unter 180.000 Mann, die Wehrpflicht wurde ausgesetzt.

Russland dagegen modernisierte seine Streitkräfte, machte sie mobiler und schlagkräftiger – und das mit dem Segen des Westens, der das für eine überfällige und legitime Anpassung an die moderne Welt hielt. Die deutsche Rüstungsfirma Rheinmetall nahm einen Auftrag für ein modernes Schießübungszentrum für die russischen Streitkräfte an, der NATO-Partner Frankreich baute zwei Hubschrauberträger für Russland.

Die NATO, um ihre Kernaufgabe gebracht, suchte sich ein neues Betätigungsfeld – in Afghanistan. Nicht am Fulda Gap, nicht am Bosporus, nicht am Polarkreis, überhaupt nicht auf NATO-Territorium sollte der erste Beistandsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags ausgerufen werden. Der spektakuläre Angriff der Al-Qaida-Terroristen am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon mit Hilfe gekapeter Verkehrsflugzeuge führte erstmals dazu, dass die

NATO zu einem großen bewaffneten Konflikt mit Bodentruppen ausrückte – an den Hindukusch, wo es darum ging, die dortigen Al-Qaida-Basen zu zerstören. Formal kam die NATO ihrem größten Partner, den USA, zur Hilfe. Deutschland versprach der Regierung von George W. Bush sogar unter Kanzler Gerhard Schröder „uneingeschränkte Solidarität“. Daraus wurde ein Einsatz, der bis heute andauert und immer noch 13.000 Soldaten in Afghanistan bindet, darunter rund 1.000 deutsche. Das Ende ist völlig offen. Allerdings ging dem schon 1999 ein Luftwaffeneinsatz der Allianz im Jugoslawien-Krieg voraus, eine umstrittene Mission ohne UN-Mandat, die von Russland besonders häufig als unzulässig kritisiert wird, im Übrigen der erste bewaffnete Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg, an dem auch Deutschland mit Tornado-Jagdbombern teilnahm. Es war der Einsatz, in dem das sich jahrzehntelang bei militärischen Eingriffen wegduckende wiedervereinigte Deutschland seine pazifistisch orientierte Unschuld verlor – ausgerechnet unter einer rot-grünen Regierung, mit dem grünen Außenminister Joschka Fischer als eine treibende Kraft. Die Begründung für die zweifelnde Parteibasis: Es gelte, ein zweites „Auschwitz“ zu verhindern.

Das bringt uns zur NATO heute. Erinnern wir uns: Die Kernaufgabe der Allianz ist die Verteidigung ihrer Mitglieder und ihres Territoriums. Das galt eigentlich als Binsenwahrheit, so selbstverständlich, dass es kaum mehr einer Erwähnung bedurfte. Und dennoch gab es ein böses Erwachen, als diese Fähigkeit wieder konkret eingefordert wurde. Denn dass sie wieder einmal eingefordert werden würde, davon war niemand mehr ausgegangen, zumindest nicht an dieser Front.

Es begann unschuldig genug. Wieder war die Sicherheitskonferenz in München der Ausgangsort für ein wichtiges politisches Signal. 2014 versprach das Bundes-Trio Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier eine größere deutsche Verantwortung in der Welt – nicht ahnen könnend, wie schnell sie die Realität einholen würde. Auf dem Maidan in Kiew wurde schon demonstriert, aber die Konsequenzen waren noch nicht absehbar. Doch nur wenige Wochen später setzte Wladimir Putin seine Warnung bei seinem Auftritt in München aus dem Jahr 2007 um: Er annektierte die Krim und ließ seine Truppen in die Ost-Ukraine einsickern, mit dem offensichtlichen Ziel, dort ein „Neues Russland“ zu schaffen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wurden in Europa Grenzen mit militärischer Gewalt verändert. Auch hier setzen die Russen dagegen, dass im Kosovo-Konflikt die Grenzen des einstigen Jugoslawien durch den militärischen Einsatz des Westens, nicht zuletzt mit starkem politischem Druck Deutschlands, schon zuvor einseitig verschoben worden waren. Bis heute ist Kosovo in der politischen Realität eine Art NATO-Protektorat, das ohne den Einsatz der dort immer noch stationierten Truppen, darunter auch deutsche, nur schwer lebensfähig wäre.

Die Ukraine ist kein NATO-Mitglied. Und dennoch hat Moskaus Aktion die westliche Allianz so stark verändert wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Ausgerechnet Wladimir Putin hat die NATO aus ihrer Sinnkrise herausgeführt und – wenn auch gewiss unbeabsichtigt – dafür gesorgt, dass sie sich wieder als das westliche Verteidigungsbündnis versteht, das ernst genommen werden möchte. Dies hat die Allianz sogar mit Putin, der

sich hier auf eine breite Unterstützung seiner Bevölkerung für einen großrussischen Nationalismus berufen kann, gemein: den Anspruch, auf Augenhöhe anerkannt zu werden.

Zuerst auf dem NATO-Gipfel in Wales, dann vor allem 2016 in Warschau hat die NATO auf eine überraschend starke Weise Flagge gezeigt, und das nicht nur mit schönen Worten, sondern mit konkreten Taten. Das umfassende dort beschlossene Programm hat sehr handfeste Auswirkungen, die bis an den Rand eines neuen Kalten Krieges führen, auch wenn die Politik dies stets zu verneinen versucht. Schon die Sprache macht das deutlich: von „Reassurance“ zu „Deterrence“ – von der Rückversicherung zur Abschreckung. Abschreckung – das war der Begriff aus dem Vokabular der beiden feindlichen Machtblöcke NATO und Warschauer Pakt.

Konkret heißt das, dass die NATO nun doch mit Kampftruppen im Baltikum direkt an die Grenze Russlands vorrückt – und dennoch behauptet, sich an die Vorgaben der NATO-Russland-Akte zu halten, die eine solche Stationierung verbietet. Mit einem Trick: Dort heißt es, es dürfe keine „ständige“ Stationierung geben, also rotieren die dort eingesetzten Truppen, darunter in Litauen auch ein deutsches Bataillon. Die Allianz hat ihre Übungen und die Stationierung von Waffen und Gerät auch in Polen, Rumänien, Bulgarien und Deutschland vorangetrieben, die USA bringen an die 250 Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge und eine zusätzliche Kampfbrigade, ebenfalls rotierend, nach Europa zurück.

Das ist eine vor zweieinhalb Jahren noch unvorstellbare Wiederaufrüstung. Bei kühler Betrachtung stellt sie von der Zahl her an den Grenzen Russlands dennoch nur eine Art militärischen Stolperdraht dar. Wie schnell tatsächlich Verstärkungstruppen nach Osteuropa in großer Zahl verlegt werden könnten, ist derzeit noch nicht wirklich sicher und unterliegt noch zahlreicher politischer und logistischer Hürden. Der Kommandeur der US Army Europe, General Ben Hodges, verlangt hier einen militärischen „Schengen-Raum“, bislang vergeblich. Aber das politische Signal ist klar, und die Moskauer Reaktionen waren nicht unerwartet. Putin lässt atomwaffenfähige Iskander-Raketen in Kaliningrad stationieren, deren Reichweite das benachbarte Polen ebenso wie die baltischen Staaten bedroht. Die Eskalation auf beiden Seiten ist unübersehbar und hat nun auch die Debatte über Nuklearwaffen wieder angestoßen, die sich auf beiden Seiten in einer Milliarden-schweren Modernisierungsphase befinden.

Im Süden Europas verlangen die dortigen Mitgliedstaaten der NATO zwar ebenfalls mehr Schutz durch die Allianz. Tatsächlich gibt es mehrere Missionen, aber ein wirklich massiver Einsatz gegen den eigentlichen Feind, die Kämpfer des Islamischen Staates, ist nicht in Sicht. Die Allianz hat bisher nicht den politischen Willen, sich auf einen umfassenden NATO-Einsatz mit Bodentruppen im unübersichtlichen Mittleren Osten einzulassen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begründete das in der Bild am Sonntag am 17. Dezember 2016 so: „Es ist manchmal richtig militärische Mittel zu nutzen – wie in Afghanistan. Manchmal jedoch sind die Kosten von militärischen Mitteln höher als ihre Vorteile.“ Ein Eingreifen der NATO würde die Situation noch „fürchterlicher machen“. Er ließ keinen Zweifel an der NATO-Position, die vor allem eines



befürchtet: dass der Konflikt über die Grenzen Syriens hinaus eskalieren könnte. „Eine militärische Intervention kann nicht alle Probleme lösen“. Ein indirekter Hinweis wohl auch auf die machtpolitischen Interessen des NATO-Partners Türkei, die vor allem ein Interesse an der Eindämmung der Kurden in ihren Nachbarländern hat.

Der Preis ist hoch: Die NATO überlässt es Wladimir Putin hier, vor allem in Syrien, militärisch fest Fuß zu fassen. Russland ist längst in diesem Teil der Welt zu einem Spieler geworden, mit eigenen Militärbasen und neuen Allianzen.

Auch wenn sich die NATO in Warschau zu bemerkenswerten Signalen der Einigkeit aufgerafft hat, so steuert sie dennoch in eine ungewisse Zukunft. Das hat auch mit dem Wähler in den Vereinigten Staaten, dem größten und stärksten Partner der Allianz, zu tun. Er hat mit Donald Trump einen Mann ins Weiße Haus gewählt, der die Allianz kräftig durchrüttelt. Im Wahlkampf hat er mit markigen Sprüchen sowohl die NATO als auch den nuklearen Schutzschild der USA für seine Verbündeten infrage gestellt. Hinter den Kulissen versuchen seine Gefolgsleute in Washington nach der gewonnenen Wahl zwar intensiv, diese Aussagen zu relativieren und die verunsicherten Verbündeten zu beruhigen, aber klar ist: Donald Trump hat eine Debatte in der Allianz angestoßen, die auch unter einer Präsidentin Hillary Clinton vermutlich Fahrt aufgenommen hätte: Wie hältst du es mit der Lastenteilung? Das ist in Wahrheit eine überfällige und notwendige Diskussion. Die europäischen Verbündeten haben sich zu lange zurückgelehnt und freudig hingenommen, dass die USA – gewiss auch im eigenen Interesse – an die 75 Prozent der finanziellen Lasten in der NATO tragen.

Wenn Donald Trump jetzt ein Stoppschild aufbaut, wird er dafür Beifall zu Hause bekommen. Und Europa reagiert bereits. Deutschland erhöht seinen Militäretat um acht Prozent, die Bundeswehr wird wieder größer und Kanzlerin Angela Merkel spricht sogar, wenn auch in weiterer Ferne, vom 2-Prozent-Ziel, also Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttosozialprodukts. Das würde fast eine Verdoppelung des deutschen Verteidigungshaushaltes bedeuten.

Auch insgesamt ist mit erstaunlicher Dynamik in Europa eine Debatte über die Frage in Gang gekommen: Wie kann der alte Kontinent mehr für seine eigene Verteidigung tun? Ansätze sind erkennbar, allerdings auf jeden Fall unterhalb der entscheidenden Schwelle der Schaffung einer eigenen europäischen Armee, für die es in der krisengeschüttelten EU gegenwärtig keine Mehrheit gibt.

In der Tat sollte die Europäische Union darauf achten, sich nicht weiter von der NATO zu entfernen. Die Fliehkräfte sind bereits gefährlich genug. Und sie gehen nun eben auch von Washington aus. Die offenen Fragen sind deutlich. Sie lauten: Wie weit wird der neue Mann im Weißen Haus mit seinen Forderungen an die NATO gehen? Oder wird er die NATO eben doch noch stärker infrage stellen, nicht zuletzt durch einen Deal mit Wladimir Putin, der weitgehende Konzessionen gegenüber dem Kremlchef beinhaltet, etwa in der Ukraine-Frage? Wird er Russland Einflussphären zugestehen, die die Zukunft der Unabhängigkeit von Staaten in Osteuropa beeinträchtigen? Wird er sich über den Cyberwar hinwegsetzen, den Moskau

längst gegen den Westen und ganz besonders gegen die USA entfacht hat? Ist er hier gar Wladimir Putin zu Dank verpflichtet, weil der sich mit seinen Hackerangriffen zugunsten Trumps in den Wahlkampf eingemischt hat, wie die US-Geheimdienste behaupten?

Das sind für die Zukunft der NATO entscheidende Fragen. Alt-Außenminister Joschka Fischer hat sie zu Recht gestellt. Seine Warnungen sind keineswegs aus der Luft gegriffen. Er schreibt im oben genannten Text: „Die Richtung der USA unter Trump ist bereits heute absehbar, allein Geschwindigkeit und Radikalität dieser Veränderungen bleiben offen“. Sie würden vom Widerstand im Kongress und der US-Öffentlichkeit abhängen.

„Man soll sich keine Illusionen machen – ohne die USA in der Führungsrolle wird der Westen in seiner bisherigen Form nicht überdauern. Europa kann die Führungsrolle nicht übernehmen; dazu ist es viel zu schwach und zu zerrissen. Und so wird die westliche Welt, wie wir sie kannten, vor unseren Augen versinken“, bilanziert Joschka Fischer.

Das ist eine ernüchternde, ja finstere Bilanz. Nach dem Jahr 2016 mit seinen dramatischen Herausforderungen in einer Welt, die aus den Fugen zu geraten droht, wird 2017 vor dem Hintergrund dieser Analyse in der Tat entscheidend dafür werden, ob der Westen und damit seine Verteidigungsallianz weiter Bestand haben wird.



**Werner Sonne** war bis 2012 Studioleiter des ARD-Morgenmagazin in Berlin und ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Seine Fachgebiete sind die Deutsche Innenpolitik, sowie die Außen- und Sicherheitspolitik (USA, Naher und Mittlerer Osten, Afghanistan, NATO) internationaler Terrorismus, Zuwanderung/Integration und Medien. Er ist Autor bei Cicero und Kommentator beim „Kölner Stadtanzeiger“ und anderen Zeitschriften. Letzte Veröffentlichung: „Staatsräson? – Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet“.